

Stadt Schlieben

**Protokoll zur Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Wirtschaft, Finanzen und öffentliche Belange der Stadt Schlieben am Dienstag, dem 18.02.2014, im Amtsgebäude, Herzberger Str. 7**

1. Anliegerversammlung für den Ausbau der Lindenstraße 3. BA

Vor der Ausschusssitzung fand um 18.30 Uhr eine Anliegerversammlung zum geplanten „Ausbau der Lindenstraße“ statt. Der Lageplan liegt für die Anwesenden zur Einsicht aus.  
Frau Schülzchen eröffnet die Versammlung und begrüßt alle Anwesenden.

Herr Kung, vom Planungsbüro DEGAT, stellt sich kurz vor.

Er erläutert Grundsätzliches zum derzeitigen Planungsstand „Ausbau der Lindenstraße“.

Der Bauabschnitt beträgt 150m und liegt außerhalb des Sanierungsgebietes der Stadt Schlieben. Eine möglichst kostengünstige Ausbauvariante sollte geplant und umgesetzt werden.

Der Baugrund in der Lindenstraße ist besonders zu beachten. Hierzu erläutert Herr Kung die Vorgehensweise zur Ableitung des Oberflächenwassers.

Die Regelbreite der Straße beträgt 5,50m. Die Oberflächenbefestigung erfolgt mit Asphalt.

In der Planung ist der Bau eines fahrbahnbegleitenden Gehweges auf der Südseite vorgesehen. Die Flächen bis zu den Häuserfronten sollen als Grünfläche (Rasen) angelegt werden.

Vorhandene Natursteinborde werden nach Möglichkeit wieder verwendet bzw. neue Betonborde gesetzt. Ein Ausbau von Parktaschen ist nicht vorgesehen. Die Zufahrten werden höhenmäßig angepasst und mit tragfähigem Material ausgestattet.

Herr Kutscher macht Ausführungen zu den Baukosten und zur Berechnung der Anliegerbeiträge.

Die Gesamtkosten lt. Kostenschätzung betragen 199.850,00 €. Davon werden 98.400,00 € vom Amt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung gefördert. Der Eigenanteil, in Höhe von 57.750,00 €, wird aus Mitteln des Ausgleichsfonds getragen. Die Anliegerbeiträge betragen 43.700,00 €. Der Stadt entstehen für den Ausbau der Lindenstraße keine Kosten.

Rechtliche Grundlage für die Erhebung der Anliegerbeiträge ist die z. Zt. gültige Straßenausbaubeitragssatzung. Die Lindenstraße wurde als Hauptverkehrsstraße eingestuft.

Von den gesamten Baukosten entfallen auf die Fahrbahn 20%, für den Gehweg 35 % und für die Entwässerung und Beleuchtung 20%.

Nach der vorläufigen Kostenschätzung sind ca. 3,00 €/m<sup>2</sup> als Anliegerbeitrag zu erheben. Vor Berechnung der Anliegerbeiträge erhält jeder Eigentümer die Grundstücksdaten für die Berechnung der anrechenbaren Flächen, die er dann bestätigen soll. Jeder Anlieger hat die Möglichkeit im Amt Auskunft zur geplanten Baumaßnahme und zur Berechnung der Beiträge zu erhalten. Eine genaue Beitragshöhe kann erst nach Abrechnung der Maßnahme erfolgen.

Weiterhin informiert Herr Kutscher, dass jeder Anlieger die Möglichkeit hat, die Zufahrten nach seinen Vorstellungen selbst herzurichten, von einem Baubetrieb auszuführen bzw. so zu belassen. Soll die Zufahrt gepflastert werden, ist dazu ein Antrag beim Amt einzureichen. Die Finanzierung der Zufahrten oder Parkflächen ist zu 100 % vom jeweiligen Eigentümer zu tragen.

Die Leistungsvergabe soll bis zum 29.04.14 erfolgen. Die Bauzeit erstreckt sich voraussichtlich von Mai bis Ende August 2014.

Es werden Vorausleistungsbescheide in Höhe von 80 % der Kosten erhoben. Der Abschlussbescheid für die Restsumme erfolgt erst nach Abrechnung der Maßnahme.

Frau Wegner ergänzt, dass unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit auf Ratenzahlung bzw. Stundung des Straßenausbaubeitrages besteht.

Die Anwesenden diskutieren umfassend zu den Ausführungen.

Von einigen Anliegern wird angefragt, warum der Bau nur eines Gehweges auf der Südseite vorgesehen ist. Weiterhin wird der Bau eines fahrbahnbegleitenden Gehweges als nicht vorteilhaft angesehen.

Für die Anwohner auf der Nordseite ist es unverständlich, dass auch sie für den Gehweg auf der anderen Straßenseite zahlen müssen.

Ebenso unklar ist, dass nicht alle Anwohner der Lindenstraße an die Kosten des jetzt auszubauenden Teilstücks beteiligt werden.

Herr Kutscher entgegnet, dass es dafür keine rechtlichen Möglichkeiten gibt.

Herr Kung erklärt, dass Planungsänderungen grundsätzlich möglich sind, aber diese mit der Fördermittelstelle abgestimmt werden müssen. Eine Erhöhung der Gesamtkosten wirkt sich entsprechend auf den Beitragssatz für die Anlieger aus.

Nach erfolgter Diskussion stimmen die Anwesenden dem Ausbau der Lindenstraße, wie erläutert, grundsätzlich zu. Der Gehweg sollte jedoch nicht fahrbahnbegleitend gebaut werden, sondern als separater Gehweg an der Häuserfront entlang verlaufen. Auf der nördlichen Seite sollte ebenfalls ein Gehweg entlang der Häuserfront, in sandgeschlämmter Schotterdecke gebaut werden.

Herr Kung wird diese Änderung in der Planung berücksichtigen.

Dazu ist eine Abstimmung mit der Fördermittelstelle notwendig, die der geplanten Änderung zustimmen muss.

## 2. Sitzung des Ausschusses

Beginn: 20.00 Uhr

Ende: 21.50 Uhr

Anwesend: amtierender Ausschussvorsitzender: Herr Atlaß  
Ausschussmitglieder: Frau Schülzchen  
Frau Eule-Vornholt  
Herr H. Richter  
Herr Puhlmann  
Herr Lehmann  
Herr Dr. Zug  
Herr Geister

Amt: Herr Kutscher, Frau Wegner

Gäste: Herr V. Richter, Herr Schurig, Frau Kunze (EE-Rundschau)

Protokollant: Frau Ziegner

### **Tagesordnung:**

#### Öffentlicher Teil

1. Protokollkontrolle vom 14.01.2014
2. Diskussion zum Entwurf Haushaltsplan

#### Nichtöffentlicher Teil

3. Protokollkontrolle vom 14.01.2014
4. Grundstücksangelegenheiten

Der amtierende Ausschussvorsitzende, Herr Atlaß, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

#### TOP 1

##### Protokollkontrolle vom 14.01.2014

Der öffentliche Teil des Protokolls wird bestätigt.

#### TOP 2

##### **1. Diskussion zum Entwurf Haushaltsplan**

Frau Wegner stellt den Entwurf des vorläufigen Haushaltsplanes den Abgeordneten vor. Sie erläutert die Haushaltssituation der Stadt und legt dar, dass eine Verpflichtung zur Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes besteht. Einige Maßnahmen konnten bereits umgesetzt werden. Es ist aber notwendig, weitere Schritte zur Haushaltskonsolidierung der Kommunalaufsicht anzuzeigen. Unter den gegebenen Voraussetzungen wird ein Haushaltsausgleich nicht zu schaffen sein. Frau Wegner weist wiederholt darauf hin, dass für die Ausreichung der finanziellen Mittel aus dem Ausgleichsfond, die Anhebung der Grundsteuer A und B erforderlich ist.

Frau Schülzchen möchte wissen, wann die Abgeordnetenentschädigungen für das IV. Quartal 2013 überwiesen werden.

Frau Wegner antwortet, dass derzeit die Kreis- und Amtsumlage nur anteilig beglichen werden kann, um allen anderen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Daher kann in Bezug auf die Entschädigungszahlungen kein konkreter Zahlungstermin genannt werden.

Frau Schülzchen bittet Frau Wegner, den Ausschussmitgliedern die Ausführungen zum vorläufigen Entwurf des Haushaltsplanes mit dem Bauausschussprotokoll auszuhändigen.

Herr Atlaß ist der Meinung, dass es nur zwei Möglichkeiten zur Erreichung eines Haushaltsausgleiches gibt - über Mehrerträge bzw. Ausgabeneinsparungen.

Er bittet die Abgeordneten, sich zum Sachverhalt eine Meinung zu bilden und Vorschläge zu unterbreiten. Gleichzeitig verweist er nochmals auf die Notwendigkeit die Steuern zu erhöhen, um die beantragten finanziellen Mittel aus dem Ausgleichsfond erhalten zu können. Über die Auflagen, an welche die Gewährung der Zuweisungen gebunden ist, wurden die Abgeordneten bereits informiert. Er appelliert auch an die Anpassung der Aufwandsentschädigung.

Herr Puhlmann spricht sich gegen eine erneute Steuererhöhung aus. Er sagt, dass die Abgeordneten über die Bedingungen zur Zahlung der Mittel aus dem Ausgleichsfond nicht informiert wurden.

Er ist der Meinung, dass die Anlieger über die notwendige Steuererhöhung im Vorfeld zu informieren sind.

Herr Kutscher und Frau Wegner erklären, dass diese Informationen an die Abgeordneten erfolgt sind.

Herr Kutscher erläutert den Vorentwurf des Investitionsplanes. Es sind nur Maßnahmen enthalten, die vertraglich gebunden sind bzw. bei denen die Finanzierung des Eigenanteils gesichert ist.

Alle weiteren aufgeführten Nachfolgebmaßnahmen sind z. Zt. nicht finanzierbar.

Frau Unger ist der Meinung, den Kauf der Steigmühle als Nachfolgebmaßnahme in den Investitionsplan wieder aufzunehmen.

Die Ausschussmitglieder diskutieren umfassend den Entwurf des Haushaltsplanes.

Herr Atlas macht den Vorschlag, sich im Amt einen genauen Überblick zur Haushaltslage in den einzelnen Bereichen zu verschaffen und nach Möglichkeiten zu suchen, um Einsparpotentiale für die Stadt aufzudecken. Auf Anfrage an alle Ausschussmitglieder erklären sich Herr Lehmann und Herr Richter bereit, diesen Termin auch wahrzunehmen.

## **2. Öffentlicher Telefonstandort in der Stadt Schlieben**

Herr Kutscher informiert über eine Anfrage der Telekom Deutschland GmbH zum Abbau des extrem unwirtschaftlichen öffentlichen Telefonstandortes in Schlieben.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Abbau der öffentlichen Telefonzelle auf dem Markt in der Stadt Schlieben nicht zu.

## **3. Verkauf Kleinpflaster**

Herr V. Richter spricht erneut den Verkauf des Kleinpflasters von der Deponie in Berga an und die damit verbundenen Nachweise zum Steineverkauf.

Herr Kutscher erklärt, dass die Nachweise im Amt vorliegen. Wenn Herr Richter Einsicht nehmen will soll er einen Antrag auf Akteneinsicht stellen und diesen entsprechen begründen.

Herr Volker Richter erkundigt sich danach, ob der Bau von vertikalen Windkraftanlagen genehmigt werden könnte. Herr Kutscher wird dies prüfen und Herrn Richter informieren.

## **Nichtöffentlicher Teil**

...

Atlaß  
amtierender Ausschussvorsitzender

Schülzke  
Amtsdirktorin